

## Politische Bildung als Instrument gesellschaftlicher Veränderung

Wie gesellschaftspolitisch wirkmächtig können, dürfen und sollen Volkshochschulen sein?

Ulrich Klemm

### Zusammenfassung

*Politische Bildung an Volkshochschulen (vhs) gehört zu ihren Kernaufgaben. Die Verwurzelung der vhs in der europäischen Aufklärung und ihre Leitideen von Emanzipation, Mündigkeit und Teilhabe prägen bis heute ihren demokratischen Auftrag. Diesen verstehen die Volkshochschulen als Daseinsvorsorge für eine freiheitlich-demokratische Grundordnung. In besonderer Weise wurde dies 1919 in der Weimarer Verfassung zum Ausdruck gebracht, als in Artikel 148 die Volksbildung und die Volkshochschulen als Aufgabe von „Reich, Länder und Gemeinden“ definiert wurden. Heute verstehen sich Volkshochschulen als „Orte der Demokratie“, als Orte einer diskursiv-demokratischen Lernkultur, als Orte demokratischer Kompetenzentwicklung und einer demokratischer Streitkultur. Die Wirkmächtigkeit dieses Verständnisses von Bildungsarbeit ist jedoch auch entscheidend vom politischen Willen abhängig. Die Würdigung der politischen Bildung wird zu einem Prüfstein aktueller und zukünftiger Weiterbildungspolitik für Volkshochschulen.*

### 1. Politik hat sich verändert!

Politik hat sich seit einigen Jahren spürbar verändert. Sie ist aggressiver, radikaler, emotionaler und unkalkulierbarer geworden – bestimmte Politik-Milieus und Parteien treten zunehmend populistischer, oligarchischer, nationalistischer auf, und Großprojekte für den Alltag der Menschen hinterlassen in vielen Fällen den Eindruck von Hilflosigkeit und Überforderung bei der Planung: Stuttgart 21, Flughafen Berlin, Nord-Ostsee-Kanal, Beschaffung von neuen Waffensystemen für die Bundeswehr etc.. Und: Politik verlässt wissend – so scheint es – zunehmend traditionelle demokratische Rahmungen und Konventionen: Provokation statt Politik und Politik in medialen Talk-Runden statt im Parlament.

Das Vertrauen in eine demokratische Verfasstheit und einen demokratischen Gesellschaftsvertrag schwindet und manifestiert sich beispielsweise in den neuen Bun-

desländern als eine zunehmende Distanz zu den etablierten Parteien sowie in einem rechtspopulistisch und rechtsextrem motivierten außerparlamentarischen Straßen-Protest. Wir reden von den Gefahren postfaktischer Politik und des Populismus. Wir nehmen welt- und europaweit einen rechten und europaskeptischen Nationalismus in der Kombination mit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit wahr, wie er in dieser Intensität und Dichte in den letzten dreißig Jahren nicht aufgetreten ist. Wir wähten die Demokratie – zumindest in Westeuropa – in einem relativ sicheren Setting. Nun aber sehen wir parlamentarische Kräfte wirken – beispielsweise die *Fünf-Sterne-Bewegung* in Italien, *UKIP* in Großbritannien, *Front National* in Frankreich, *Freiheitspartei* in den Niederlanden, *AfD* in Deutschland, *FPÖ* in Österreich und die *SVP* in der Schweiz und nicht zu vergessen die globalen politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen in der Folge der Politik von Donald Trump – die alle gegen das demokratische und europaaffine Politik-Establishment mit einer Fundamentalkritik antreten.

Diese Verhältnisse sind eine Steilvorlage für politische Bildung und dokumentieren einen Status quo, der europäische Bildung insgesamt mit ihrem humanistischen Anspruch herausfordert. Die außerschulische politische Bildung nimmt solche Entwicklungen sehr deutlich wahr und reagiert (z. B. Hufer/Pohl/Scheurich 2004, Klemm 2017). Wie sehen nun diese „Mühen der Ebene“ (Bertolt Brecht) aus und wie wirkmächtig ist politische Bildung an Volkshochschulen?

## 2. Politische Bildung in wenigen Zahlen

Zunächst ist festzustellen, dass der Bereich der politischen Bildung an Volkshochschulen eher zu den kleinen gehört, jedoch dort einen traditionellen festen Platz hat. Richtig ist auch, dass politische Bildung unterschiedlich bei den über 900 Volkshochschulen ausgeprägt ist und es diesbezüglich „starke“ und „schwache“ Einrichtungen gibt. Die Größe der vhs ist dabei nicht das ausschlaggebende Kriterium. Statistisch gesehen stellt sich die politische Bildung, die im Programmbereich 1 „Politik – Gesellschaft – Umwelt“ an Volkshochschulen verortet ist, als der kleinste quantitative Bereich neben den anderen dar. Für 2016 und die 899 Volkshochschulen in Zahlen ausgedrückt: 85.755 Veranstaltungen (12 % des Gesamtprogramms) mit 727.686 Unterrichtsstunden (4 % des Gesamtprogramms) und 1.689.814 Belegungen (19 % des Gesamtprogramms). In dieser Auflistung sind alle Kurse, Einzelveranstaltungen, Auftragsmaßnahmen und Studienfahrten/-reisen, jedoch keine Ausstellungen, enthalten. Berücksichtigt werden muss außerdem, dass politische Bildung an der vhs im engeren Sinne eine Teilmenge neben den Themenfeldern Geschichte/Zeitgeschichte, Soziologie, Wirtschaft, Pädagogik, Psychologie, Philosophie, Theologie, Umweltbildung, Verbraucherfragen, Geographie und Naturwissenschaften darstellt.

Politische Bildung an Volkshochschulen muss aus ihrer Geschichte heraus beschrieben und erklärt werden, da diese in besonderer Weise mit der vhs verbunden ist und identitätsstiftende Funktion hat. Darüber hinaus ist die vhs in ihrer 100-jährigen Geschichte wie keine andere Einrichtung der Erwachsenenbildung mit dem gesellschaftlichen Wandel in Deutschland verbunden und ein Spiegelbild historischer Transformationsprozesse.

### 3. Volkshochschule und politische Bildung

Als vor etwa 100 Jahren die ersten Volkshochschulen gegründet wurden, geschah dies auch aus einem politischen Bewusstsein der Aufklärung und Emanzipation heraus. Sowohl die bürgerliche Aufklärung des 18. als auch die Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts standen dafür Pate. Dieser politisch-gesellschaftliche Charakter der Bildungsarbeit an den Volkshochschulen wurde bis heute – mehr oder weniger – bewahrt. Volkshochschulen verbinden mit ihrer Arbeit immer einen demokratischen Auftrag und verstehen diesen als Daseinsvorsorge für eine freiheitlich-demokratische Grundordnung (Klemm 2017). Dass dieser Bildungsauftrag nicht immer einfach und problemlos ist, erleben die Volkshochschulen nahezu täglich. Die Ökonomisierung von Bildung und ihr wirtschaftliches Verwertungsparadigma – Bildung als Ware – haben die vhs und ihre Träger seit den 1980er Jahren erreicht und dazu geführt, dass wirtschaftliche Überlegungen bei der Programmplanung zunehmend dominanter wurden. Der Anteil öffentlicher Förderung ist dabei in den letzten 30 Jahren stetig gesunken und der Anteil der Teilnehmerentgelte gestiegen. Andererseits: In gesellschaftlichen Krisenzeiten wird immer wieder schnell nach einer „Bildungsfeuerwehr“ gerufen. Dieses Dilemma der Ungleichzeitigkeit, dass nämlich politische Bildungsarbeit Kontinuität benötigt und antizipatorisch ausgerichtet sein muss, ist in der Politik und Verwaltung oftmals sehr schwer zu vermitteln, wenn es um nachhaltige finanzielle Steuerungsinstrumente geht. Bildungsarbeit an Volkshochschulen benötigt eine mittelfristige Planungssicherheit, die allerdings immer weniger gegeben ist.

### 4. Zur Genese der Idee Volkshochschule

Die allmähliche Institutionalisierung der Erwachsenenbildung ab Mitte des 19. Jahrhunderts durch die dänische *Heimvolkshochschulbewegung*, die *Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung* ab 1871 und die *Universitäts-Ausdehnungsbewegung* ab den 1890er Jahren, führte zu einem neuen Verständnis von Volksbildung (1) in Deutschland. Sie wurde zunehmend als eine lebenslange Aufgabe für alle verstanden. In diesem Sinne waren die ersten Gründungen von Volkshochschulen zu Beginn des 20. Jahrhunderts Ausdruck eines gesellschaftlichen Wandels und einer reformpädagogischen Erneuerungsbewegung, die über eine Schulreform hinausging (Hilker 1924, Flitner/Kudritzki 1982). Die Idee, Bildung für alle und lebenslang, wurde erstmals systematisch und dauerhaft von Volkshochschulen in diesem Zeitraum realisiert. Volksbildung und die Volkshochschulen erhielten in der Weimarer Verfassung von 1919 einen Verfassungsrang in Art. 148, Abs. 3. In dieser kulturhistorischen Bedeutung, lebenslange Bildung als Daseinsvorsorge zu verstehen, steht die vhs bis heute, ohne allerdings im Grundgesetz verankert zu sein wie ehemals in der Weimarer Republik. Die vhs ist ein Bildungsort, der sich im Horizont der europäischen Aufklärung mit folgenden Merkmalen definiert:

- Bildung für alle
- Bildung lebenslang
- Bildung in öffentlicher und lokaler/regionaler Verantwortung

- Bildung als weltanschaulich neutraler Lernprozess
- Bildung als Politik der Chancengleichheit, Mündigkeit und Emanzipation
- Bildung als ganzheitlicher Kompetenzentwicklungsprozess („Kopf, Herz, Hand“).

Entscheidende und nachhaltige Entwicklungsschritte für eine Modernisierung der Volkshochschularbeit in der BRD erfolgten ab 1960 im Horizont des *Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen* (1953–1965) mit seinem Gutachten „Zur Situation und Aufgabe der deutschen Erwachsenenbildung“ (Deutscher Ausschuss 1960). Erwachsenenbildung – und Volkshochschularbeit – löste sich aus den Traditionen der Weimarer Zeit, auf die in den 1950er Jahren noch weitgehend zurückgegriffen wurden und leitete die so genannte „Realistische Wende“ in der Erwachsenenbildung ab Mitte der 1960er ein. In den 1970er Jahren kam es zu einem weiteren und bis heute nachhaltigen Schub bei den Volkshochschulen in Richtung Professionalisierung, Verberuflichung, Institutionalisierung und Systematisierung ihrer Bildungsarbeit. Wesentlich bildungspolitisch dazu beigetragen hat der „Strukturplan für das Bildungswesen“ von 1970 (Deutscher Bildungsrat 1970), erarbeitet vom *Deutschen Bildungsrat* (1965–1975). Entscheidend für diese Modernisierungsphase war auch die Verrechtlichung auf Landes- und Bundesebene. Es entstanden auf Bundesebene gesetzliche Regelungen zur beruflichen Bildung und auf Landesebene mit den Weiterbildungsgesetzen erstmals gesetzlich verankerte Förder- und Steuerungsinstrumente für die allgemeine Weiterbildung. Die damit verbundene Planungssicherheit führte zu einer signifikanten qualitativen und quantitativen Entwicklung der Programmangebote. Neue Stellen an Volkshochschulen mit Erwachsenenpädagog/innen wurden geschaffen, Fachbereiche mit hauptberuflichem Personal besetzt und neue vhs-Häuser entstanden sowie Außenstellen/Zweigstellen. Dieser expansiven Phase der vhs-Landschaft in den 1970er Jahren folgte ein Jahrzehnt der Konsolidierung und Konzentration in Richtung beruflich verwertbare Angebote. Gleichzeitig begannen in den 1980er und 1990er Jahren auch erste Tendenzen einer stärkeren betriebswirtschaftlichen Sichtweise der vhs-Arbeit und eine Abkehr von sozialintegrativen Ausrichtungen. Der sukzessive Rückzug des Staates aus der Förderung eines lebenslangen Lernens und eine verstärkte Entgrenzung und Privatisierung der allgemeinen Weiterbildung ist ein prägendes Merkmal in den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts.

## 5. Die Bildungstradition der Idee Volkshochschule

Dass Bildung und insbesondere auch politische Bildung ein Instrument gesellschaftlicher Veränderung ist, gilt seit der europäischen Aufklärung im 18. Jahrhundert als Grundkonsens pädagogischen und bildungspolitischen Handelns. Nach wie vor hat für Erziehung und Bildung in Deutschland – und in besonderer Weise auch für politische Bildung – eine hohe Gültigkeit, was Immanuel Kant in der Eingangspassage zu seinem Essay „Was ist Aufklärung“ (erstmalig 1784, hier 1983) feststellte: „Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit. Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen (...) Sapere aude! Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedie-

nen!“ (Kant 1983, S. 53). Diese vielzitierte Feststellung von Kant hat auch heute für die politische Bildung nichts an Strahlkraft verloren und findet sich, übersetzt in die Neuzeit, beispielsweise im so genannten *Beutelsbacher Konsens* (2) von 1976 als Grundsatzprogramm für politische Bildung (Schiele/Schneider 1996) mit drei Maximen: Das *Überwältigungsverbot* verbietet es in der Bildungsarbeit zu indoktrinieren. Bildung bedeutet im Sinne von Aufklärung Erziehung zur Mündigkeit. Der zweite Grundsatz, das Gebot der *Kontroversität*, zielt auf eine diskursive Interaktion und Kommunikation zwischen Edukant und Educandus ab, in der Themen kontrovers dargestellt werden und eigene Positionen entstehen können. Die *Schülerorientierung*, als dritter Grundsatz, ist die Forderung nach einer Teilnehmer- und Zielgruppenorientierung, in der die Teilhabe und Teilnahme am gesellschaftlichen und individuellen Bewusstseinsprozess ermöglicht wird.

Diese Perspektive auf politische Bildung in der Aufklärungstradition wird durch eine gesellschaftliche Dimension ergänzt. Mündigkeit, Emanzipation und Autonomie sind nicht nur das Resultat von intra- und interpersonellen Prozessen, sondern auch abhängig von gesellschaftlichen Verhältnissen und Verfasstheit. Dieser Aspekt, der vor allem aus der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in die politische Bildung ab Ende des 19. Jahrhunderts Eingang gefunden hat, findet ab den späten 1960er Jahren in der Bundesrepublik mit der Frankfurter Schule, mit Theodor W. Adorno und mit Oskar Negt eine Fortführung und schließlich auch eine Rezeption in der Erwachsenenbildung und Volkshochschularbeit (Ahlheim 2015). In dem letzten Gespräch Adornos mit Hellmut Becker – dieser war von 1956 bis 1974 Präsident des Deutschen Volkshochschulverbandes – im Hessischen Rundfunk mit dem Titel „Erziehung zur Mündigkeit“ am 16. Juli 1969, bezieht sich Adorno auf jene oben zitierte These von Kant: „Mir scheint diese Programm von Kant, dem man auch mit dem bösesten Willen Unklarheit nicht wird vorwerfen können, heute noch außerordentlich aktuell. Demokratie beruht auf der Willensbildung eines jeden Einzelnen, wie sie sich in der Institution der repräsentativen Wahl zusammenfasst. Soll dabei nicht Unvernunft resultieren, so sind die Fähigkeit und der Mut jedes Einzelnen, sich seines Verstandes zu bedienen, vorausgesetzt“ (Adorno 1977, S. 133).

## 6. „Volkshochschule als Ort der Demokratie“

Dieser gleichsam programmatische Satz ist der Titel einer aktuellen Broschüre, herausgegeben vom Volkshochschulverband Baden-Württemberg (2017) und erarbeitet im Rahmen des Bundesarbeitskreises Politik- Gesellschaft Umwelt im Deutschen Volkshochschulverband (DVV). Es geht in dieser Publikation um eine Hilfestellung beim Umgang mit antidemokratischen Äußerungen und Gruppierungen an Volkshochschulen. Diese Botschaft, „Volkshochschule als Ort der Demokratie“, ist aktuell das Epizentrum der bildungspolitischen Diskussion der Volkshochschulen (Klemm 2017). Die zentralen makro-didaktischen Fragen für politische Bildung an Volkshochschulen sind dabei:

- Wie kann gesellschaftlicher Zusammenhalt ermöglicht und Spaltung verhindert werden?

- Wie kann gesellschaftliche Teilhabe und Empowerment ermöglicht werden?
- Wie kann Demokratie als Lebensform und Daseinsmodell gestärkt werden?

Für die vhs als Ort der Demokratie ergeben sich daraus drei Arbeits-Säulen:

- Die vhs ist ein Ort *demokratischer und diskursiver Arbeits-, Lern- und Lebenskultur*. Art. 1 des Grundgesetzes, „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, gilt für alle uneingeschränkt, die sich im Setting vhs bewegen: Teilnehmer/innen, Dozent/innen, Mitarbeiter/innen.
- Die vhs ist ein Ort *demokratischer Kompetenzentwicklung*: kognitiv, emotional und sozial. Mithilfe unterschiedlicher didaktischer Formate geht es 1. um die kontroverse und face-to-face- Auseinandersetzung mit aktuellen und historischen gesellschaftlichen Entwicklungen, 2. um Trainings zur Einübung gewaltfreier Kommunikation und Interaktion (z. B. Argumentationstraining gegen Stammtischparolen) und (3.) um selbstgesteuerte, selbstorganisierte und niederschwellige Lern- und Begegnungsräume für Selbsthilfegruppen und Initiativen. Die vhs als Selbstlernzentrum und Ermöglichungsraum für demokratische Diskurse.
- Die vhs ist ein Ort *politischer Streitkultur und politischer Auseinandersetzung*. Ein Ort des gewaltfreien und kontroversen Dialogs politischer Richtungen und Meinungen wie diese z. B. an den Volkshochschulen in Leipzig und Dresden im Zusammenhang mit Pegida (Dresden) und Legida (Leipzig) stattfanden (Küfner 2015; Sprink 2015).

Politische Bildung wird dabei als eine *Querschnittsaufgabe* behandelt und kann nur sehr eingeschränkt ein Unterrichtsfach sein. Demokratie muss *erlebt* und kann nur bedingt *gelehrt* werden.

## 7. Beispiele politischer Bildung

Im Folgenden werden drei Beispiele für die Vielfalt politischer Bildung an der vhs exemplarisch dargestellt.

Ein neues Format politischer Bildungsarbeit wird mit der Teilnahme der vhs Dreiländereck (Ostsachsen) am sogenannten *BürgerDialog* exemplarisch sichtbar. Dieser ist eine bundesweit angebotene Beteiligungs- und Diskussionsform, die von der Bertelsmann Stiftung zusammen mit dem Deutschen Volkshochschulverband entwickelt wurde. Ziel ist es, Bürger/-innen zu kontrovers diskutierten gesellschaftlichen Themen miteinander ins Gespräch zu bringen. Methodische Grundlage ist das World Café. Thema des *BürgerDialogs* 2012 war „Zukunft Deutschlands“ und 2013 „Unser Europa!“. An beiden Dialogen nahm die vhs Dreiländereck mit der Absicht teil, eine lokale Sensibilisierung für gesellschaftliche Herausforderungen mit einem überregionalen Diskurs zu verbinden – wie er abschließend mit der Bundeskanzlerin und Vertretern aus anderen Einrichtungen geführt wurde. Die Bildungseffekte bei allen Beteiligten waren eindeutig: Mit dem Bewusstsein, in Berlin mit Vertretern der Bundesregierung Probleme angesprochen zu haben, spiegelten die Teilnehmenden diesen zivilgesellschaftlichen Dialog in ihr lokales Setting zurück. Methodisch gese-

hen ist der *Bürger-Dialog* die Kombination von Komm- und Gehstrukturen, die Strategie einer aktivierenden Bildungsarbeit.

Am aktuellen Bürgerdialog zur Zukunft Europas des Deutschen Volkshochschulverbandes, als Partner der Bundesregierung und unterstützt mit Mitteln der Bundeszentrale für politische Bildung, beteiligen sich im Herbst 2018 zahlreiche Volkshochschulen aus 10 Bundesländern ([www.dialog-ueber-europa.de](http://www.dialog-ueber-europa.de)).

Das zweite Beispiel für eine Form politischer Bildungsarbeit ist das „*Forum Bürgerstadt Leipzig*“, das von der vhs Leipzig zusammen mit der Stadt Leipzig seit 2007 mehrmals organisiert wurde. Im Mittelpunkt steht die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. In der Tradition einer „Bürgerstadt“ (Stadt Leipzig/Volkshochschule 2015) geht es um demokratische und zivilgesellschaftliche Beteiligungsstrukturen im Gemeinwesen. Die vhs wird zum Intermediär zwischen Politik, Verwaltung und Bürger. Mit dem „Forum Bürgerstadt Leipzig“ wurde eine neue kommunale Handlungsplattform für bürgerschaftliche Bildungsarbeit im Kontext der vhs-Arbeit geschaffen. Ziel ist ein Stadtentwicklungsprozess, der als gemeinsamer Lernweg von Politik, Verwaltung und Bürgerschaft definiert und ernstgenommen wird. Jährlich gibt es dazu bis zu sechs Forum-Treffen, die von einem Koordinierungskreis vorbereitet werden. Für diese Initiative wurde die vhs Leipzig 2011 mit dem Sächsischen Innovationspreis für Weiterbildung ausgezeichnet.

Als Beispiel für einen *politischen Hintergrund-Dialog* wird eine Vortrags- und Diskussionsreihe zum Thema „Islam in Deutschland – Einblick und Kontroversen“ im Herbst 2015 an der vhs Chemnitz aufgeführt. Sie findet statt in Kooperation mit der Professur für Interkulturelle Kommunikation an der TU Chemnitz. Solche, über mehrere Wochen angelegte Vortrags- und Dialog-Reihen, beabsichtigen eine multiperspektivische und kontroverse Auseinandersetzung. Besonders wichtig ist dabei die Kontinuität von aktuellen Themen. Ziel der vhs ist es, nicht nur einmalig ein brisantes Thema aufzugreifen, sondern sich als ein verlässlicher und dauerhafter Ort des politischen Dialogs zu präsentieren. In diesem Sinne wurden in den letzten Jahren an der vhs Chemnitz verschiedene gesellschaftlich relevante Themen in Veranstaltungsreihen gebündelt: „Tage der jüdischen Kultur“ zum aktuellen Antisemitismus, „Kriege, Krisen und Konflikte“ zu Syrien und der Ukraine, „Forum Eine Welt“ mit den Themen Ebola und Antiziganismus und zum Freihandelsabkommen mit den USA, TTIP. Didaktisch haben diese Formate den Anspruch, Bürger/innen mit Expert/innen in einen politischen Dialog zu begleiten.

## 8. Erwartungen und Wirkung

Dass Volkshochschulen seit 100 Jahren als Bestandteil des deutschen Bildungssystems eine gesellschaftliche Funktion haben, dürfte unbestritten sein. Die Tatsache, dass die Volkshochschule in der Weimarer Verfassung einen Verfassungsrang erhielt und es in der Folge zu einer Welle von Neugründungen in den 1920er Jahren kam, die das klassische Bildungssystem bis heute als „vierte Säule“ ergänzen, ist ein Beleg für die gesellschaftliche Funktionalität dieser Einrichtung. Und auch die aktuelle vhs-Statistik belegt die Wirkung: 2016 belegten 9 Millionen Teilnehmer/innen 700.000

Veranstaltungen mit 18 Millionen Unterrichtsstunden (DIE 2017). Eine Image-Umfrage von 2017 stellte fest, dass 77 % der Bevölkerung die vhs kennen und 6 von 10 Kennern sie positiv bewerten (DVV 2017). An erster Stelle wurde dabei das vielfältige Angebot geschätzt, gefolgt von der Ortsnähe und einem guten Preis-Leistungs-Verhältnis. An vierter Stelle bei der positiven Bewertung wurde die „Übernahme von gesellschaftlicher Verantwortung“ genannt (DVV 2017).

Will heißen: Volkshochschule wirkt und erlebt in unterschiedlichen Zeiten und Epochen Resonanz. Jüngst wurde diese Wirkmächtigkeit in besonderer Weise wieder von der Politik und Gesellschaft bestätigt, als die vhsen bundesweit zur Speerspitze der Deutsch-Integrationskurse für Asylsuchende wurden und innerhalb von wenigen Monaten ein stabiles und flächendeckendes System aufbauen konnten. Blicken wir differenzierter und im Detail auf die Wirkungen von vhs-Bildungsarbeit: Die Erwartungen im Selbstbild der Volkshochschulen an „ihre“ politische Bildungsarbeit sind hoch (DVV 2011). Auf der Basis des Beutelsbachers Konsens geht es derzeit um die

- Stärkung der Dialogbereitschaft und -fähigkeit,
- Befähigung zur Teilnahme und Teilhabe am öffentlichen Leben,
- Schaffung von politischer und gesellschaftlicher Transparenz,
- Aufklärung über Perspektiven, Innovationen und Strukturen,
- Stärkung der Urteilskraft,
- Motivation und Volition für demokratische Entwicklungen.

Dieser Anspruch ist gewaltig, für ein demokratisches Gemeinwesen jedoch unerlässlich.

Können die Volkshochschulen diesen Bildungsanspruch erfüllen? Neben dem eigenen Anspruch sind dabei in besonderer Weise gemäß der Zielgruppen- und Teilnehmerorientierung auch die Bedarfe und Bedürfnisse der „Kunden“ von Bedeutung. Der Sächsische Volkshochschulverband geht von folgenden Annahmen aus (SVV 2013):

- Bürgerinnen und Bürger haben Interesse an politischen Fragen und sind offen für eine Konfrontation. Die Politikverdrossenheit ist eine Verdrossenheit am gegenwärtigen System der Politik und Parteien, nicht aber an Politik insgesamt.
- Bürgerinnen und Bürger wollen sich engagieren. Sie möchten teilnehmen und Teilhabe erleben. Es fehlen alternative „Ermöglichungsorte“ zu den Parlamenten und Parteien. Das Verlangen und die Lust nach außerparlamentarischer Politik und politischer Teilhabe wachsen.
- Die Wahl wird immer mehr als Ausdruck des Protestes gegen das Parteiensystem und den Parlamentarismus genutzt und weniger als Steuerungsinstrument für Realpolitik.
- Bürgerinnen und Bürger sind für neue Formate offen und nehmen sich Zeit für politische Bildung.
- Bürgerinnen und Bürger sind vor allem an aktuellen und ihren Alltag betreffenden Fragen interessiert.
- Bürgerinnen und Bürger schätzen vertraute, zuverlässige und neutrale Orte sowie Personen für das Bildungsmanagement.



- Die Konkurrenz zur politischen Bildung an Institutionen und Einrichtungen ist groß. Fernsehen, Radio und vor allem die neuen Medien mit interaktiven Möglichkeiten haben eine größere Reichweite, sind schneller und zeitlich flexibler.

Es mag vielleicht profan klingen, jedoch sind es nicht fehlende Zielgruppenanalysen oder mangelnde Kenntnisse über gemeinwesenorientierte oder -aufsuchende Didaktik-Formate an den Volkshochschulen, die politische Bildung zu einem „kleinen“ Bereich im Programmportfolio machen. Entscheidend ist vielmehr die personelle und materielle Ausstattung der vhs für politische Bildung.

Politische Bildungsarbeit gehorcht einer anderen Programmplanungslogik als der Gesundheits- oder Sprachenbereich. Politische Bildung arbeitet punktueller, zielgruppenspezifischer und didaktisch sehr differenziert. Es gibt wenige Standardisierungen und der Marketingaufwand ist höher. Entsprechende Finanzmittel und Personalstellen stehen dafür an den Volkshochschulen jedoch nur eingeschränkt zur Verfügung. Dauerhafte Finanzierungsinstrumente für politische Bildung sind in den Ländergesetzen nur selten vorhanden. Politische Bildung finanziert sich oftmals über Projektmittel, die jedoch zeitlich begrenzt sind und einen hohen Verwaltungsaufwand mit sich bringen (vgl. Hufer 2016).

Das Manko bei der Wirkmächtigkeit von politischer Bildung an Volkshochschulen ist ganz entscheidend eine Frage der Ausstattung. Es geht nicht um fehlende Konzepte oder Daten, die liegen auf dem Tisch bzw. in der Schublade. Was fehlt, ist der politische Wille, politische Bildung als festen Bestandteil der Allgemeinen Weiterbildung rechtlich zu verankern und Planungssicherheit zu garantieren.

Die Projektmittel, auf die von der Politik und Verwaltung immer wieder verweisen und auf Landes- oder Bundesebene zur Verfügung gestellt werden, bleiben in der politischen Bildung vielfach ein Strohfeuer ohne Nachhaltigkeit. Natürlich sind Projekte als Innovationsmotoren wichtig – so auch die ursprüngliche Idee eines Projekts. Nur, wenn Projekte zur Abdeckung von Regel- und Grundangeboten erhalten müssen, dann stimmt etwas nicht in der Architektur der Bildungspolitik.

## 9. Fazit

Um auf die Ausgangsfrage abschließend nochmals zu antworten: Politische Bildung an Volkshochschulen muss und kann wirkmächtig in einer demokratischen Gesellschaft sein. Aus der Bildungstradition der Volkshochschule ergibt sich ein Bildungsauftrag, der, wie auch gezeigt wurde, heute mehr sein muss als eine verschulte und devote „Staatsbürgerkunde“. Dass politische Bildung jedoch nicht so wirkmächtig ist, wie sie sein könnte, hängt mit einem fehlenden bildungspolitischen Willen zusammen. Erst wenn die Überzeugung vom Kopf in die Füße kommt, dass politische Bildung – im Sinne einer bürgerschaftlichen Bildungsarbeit – ein wesentlicher Humus für gelungene Bildung insgesamt in einer Demokratie ist, wird es möglich werden, Bildungseffekte zur Entfaltung zu bringen. Derzeit finden wir die Situation in der politischen Erwachsenenbildung vor, dass sie mit angezogener Handbremse fahren muss und nur schwerfällig in Fahrt kommt.

## Anmerkungen

- 1 Volksbildung ist ein ehemals gängiger Begriff, der synonym für Erwachsenenbildung und Weiterbildung bis in die 1950er Jahre hinein verwendet wurde.
- 2 Als „Vater“ des Beutelsbacher Konsens gilt der damalige Direktor der Landeszentrale für politische Bildung in Baden-Württemberg, Siegfried Schiele. Der Name geht auf den Ort Beutelsbach im Rems-Murr Kreis in Baden-Württemberg zurück, in dem eine Tagung der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg 1976 stattfand und auf der diese Thesen verabschiedet wurde. Sie gelten seitdem als selbstverpflichtende Grundsätze in der schulischen und außerschulischen politischen Bildungsarbeit in Deutschland.

## Literatur

- Adorno, Theodor, W. (1977): *Erziehung zur Mündigkeit* (1969). In: Theodor W. Adorno: *Erziehung zur Mündigkeit*. Frankfurt, S. 133-147
- Ahlheim, Klaus (2015): *Die Idee der Volkshochschule und die politische Gegenwart*. Edition vhs aktuell. Beiträge zur Weiterbildung, Heft 1. Chemnitz
- Deutscher Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen (1960): *Zur Situation und Aufgabe der deutschen Erwachsenenbildung*. Stuttgart
- Deutscher Bildungsrat (1970): *Empfehlungen der Bildungskommission: Strukturplan für das Bildungswesen*. Stuttgart
- Deutscher Volkshochschul-Verband (Hg.) (1978): *Stellung und Aufgabe der Volkshochschule*. Bonn
- DIE – Deutsches Institut für Erwachsenenbildung (2017): *Volkshochschulstatistik 2016 Bundesrepublik*. Bonn
- DVV – Deutscher Volkshochschulverband (2011): *Die Volkshochschule – Bildung in öffentlicher Verantwortung*. Bonn
- DVV – Deutscher Volkshochschulverband (2017): *Die Marke vhs – Die Ergebnisse der bundesweit ersten repräsentativen Bekanntheits- und Imageumfrage*. Flyer, 8-seitig. Bonn
- Flitner, Wilhelm/Kudritzki, Gerhard (Hg.) (1982): *Die deutsche Reformpädagogik*. Band II: *Ausbau und Selbstkritik*. Stuttgart
- Gugel, Günther (1994): *Praxis politischer Bildungsarbeit*. Tübingen
- Hilker, Franz (Hg.) (1924): *Deutsche Schulversuche*. Berlin
- Hufer, Klaus-Peter (2016): *Politische Erwachsenenbildung*. Bielefeld
- Hufer, Klaus-Peter/Klemm, Ulrich (2002): *Wissen ohne Bildung?* Neu-Ulm
- Hufer, Klaus-Peter/Pohl, Kerstin/Scheurich, Imke (Hg.) (2004): *Positionen der politischen Bildung 2. Ein Interviewbuch zur außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung*. Schwalbach/Ts.
- Kant, Immanuel (1983): *Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?* In: Kant, Immanuel: *Werke in zehn Bänden*. Hrsg. von Wilhelm Weischedel. Band 9, S. 53-61
- Klemm, Ulrich (Hg.) (2017): *Die Idee der Volkshochschule und die politische Gegenwart*. Hannover
- Küfner, Jürgen (2015): *Wir l(i)eben Vielfalt*. VHS Dresden positioniert sich zu islamkritischen und -feindlichen Pegida-Demos. In: *dis.kurs*, Nr. 2, S. 22-24
- Schiele, S./Schneider, H. (Hg.) (1996): *Reicht der Beutelsbacher Konsens?* Schwalbach/Ts.
- Sprink, Rolf (2015): *Für ein Europa freier Bürger*. In *Zeiten von Pegida: Offenes Diskussionsforum der VHS Leipzig*. In: *dis.kurs*, Nr. 2, S. 28-29
- Stadt Leipzig/Volkshochschule(Hg.) (2015): *Volkshochschule in der Bürgerstadt*. Leipzig
- Volkshochschulverband Baden-Württemberg e.V. (2017): *Volkshochschule als Ort der Demokratie*. Leinfelden-Echterdingen
- SVV – Sächsischer Volkshochschulverband (2013): *Zum Kontext politischer Bildungsarbeit*. Chemnitz (internes Arbeitspapier)